

**STADT KARLSRUHE**  
**Ortsverwaltung Stupferich**

**Niederschrift Nr. 18/2016**

über die Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich  
am: Mittwoch, 06.07.2016  
Beginn: 19:00 Uhr  
Ende: 20:10 Uhr

in Karlsruhe-Stupferich, Sitzungssaal.

-----

Vorsitzender: Ortsvorsteher Alfons Gartner

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 9

Es waren anwesend:

**a) CDU:** OR Abendschön, OR Brenk, OR Donecker, OR Nagler, OR Paul,  
**FW:** OR Gartner, OR Becker, OR Schwemmle, OR Vogel,

**Es fehlten:**

**b) entschuldigt:** OR Kast (CDU), OR Baumann (FWV), OR Patzelt (FWV)

**c) nicht entschuldigt:** -----

**Schriftführerin:**

Sabine Sauter (OV Stupferich)

**Sonstige Verhandlungsteilnehmer:** Herr Klaus Hoffmann, Karlsruher  
Touristik zu TOP 2; Prof. Dr. Christoph Hupfer, Hochschule Karlsruhe zu TOP 4;  
Frau Heike Dederer, Stadtplanungsamt zu TOP 7

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 24.06.2016, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 01.07.2016 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekannt gegeben worden.

**18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016****Protokoll zu****TOP 1: Beitritt zum Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord****Blatt 1**

---

**Der Vorsitzende** (Ortsvorsteher Gartner) begrüßt die Anwesenden und führt aus, dass sich Ortschaftsrätin Patzelt (FWV) und Ortschaftsrat Baumann (FWV) sowie Ortschaftsrat Kast (CDU) für die heutige Sitzung entschuldigt haben.

Er stellt fest, dass es keine Einwände zur vorliegenden Tagesordnung gibt und tritt in die Tagesordnung ein. Er ruft TOP 1 auf und begrüßt den anwesenden Bürger sowie Herrn Hoffmann (Karlsruher Touristik).

**Herr Hoffmann** erläutert, warum ein Beitritt zum Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord von der Stadt Karlsruhe angestrebt wird. Die Stadt Karlsruhe habe eine Patenschaft für den Naturparkpark übernommen. Nach der Patenschaftsfeier sei die Frage aufgekommen, warum wir so weit weg vom Naturparkpark seien und nicht Mitglied im Naturparkpark Mitte/Nord wären. Er führt weiter aus, dass zwischen dem Dezernat 5 mit Bürgermeister Stapf und den zuständigen Kollegen vom Dezernat 4 und der Karlsruher Touristik Gespräche geführt wurden. Von der Stadt Karlsruhe wurde das Interesse, dass man sich eine Mitgliedschaft vorstellen könne, an den Naturparkpark weitergegeben. Es kam dann die Frage auf, welche Gebietskulisse diese umfassen könne. In einem Gespräch mit dem Gartenbauamt sowie dem Forstamt und Karlsruhe Touristik wurde daraufhin versucht, die in Frage kommende Gebietskulisse darzustellen. Dies sei in dem Antrag in der großen Variante aufgeführt: Von Ettlingen kommend über Rüppurr, Weiherfeld, Dammerstock bis zur Südtangente über Durlach, die gesamten Bergdörfer mit eingeschlossen, um ein großes Gebiet zu erreichen und somit den Schulterchluss zwischen Ettlingen und Karlsruhe herzustellen. Die große Variante würde im Jahr 1000 € mehr kosten, weswegen diese eigentlich nicht umgesetzt werden soll. Es gäbe aber Signale aus Durlach, dass diese sich als Tor zum Schwarzwald verstünden und gerne beitreten wollten. Er gehe deshalb davon aus, dass diese einen Antrag stellen werden, die Gebietskulisse zu vergrößern. Diese Gebietskulisse gäbe es aber heute gar nicht. Wenn der Antrag gestellt würde, wäre Karlsruhe nicht automatisch sehr schnell im Naturpark Mitglied, denn erstens müsse zuerst der Naturparkrat darüber befinden, zweitens müsse die Gebietskulisse erst noch vermessen werden. Laut Aussage des Naturparks würde es bis zur Umsetzung vermutlich bis ins nächste Jahr dauern. Der Beitritt würde zur touristischen Strategie der Stadt Karlsruhe passen. Er erläutert, dass sie 2014 aus der KMK ausgegliedert worden seien und nun eine eigenständige Gesellschaft, die KTGK Tourismus GmbH seien. Beim Vollzug dieses Wechsels sei auf der Agenda gestanden, dass die neue Gesellschaft stärker als in der Vergangenheit mit den Tourismusdestinationen rund um Karlsruhe Kooperationen eingehen und sich stärker einem gesamtregionalem touristischen Format annehmen solle. Er erläutert weiter, dass der Naturpark, da er ein eingetragener Verein sei, auch eine eigene Satzung besäße, in der Aufgaben und Zweck festgelegt seien. Das Ziel des Naturparkes sei es, den Schwarzwald innerhalb des Naturparkgebietes unter Berücksichtigung der Planungshoheit der Städte und Gemeinden als vorbildliche Erholungslandschaft zu

**18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Beitritt zum Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord**

---

erhalten, zu pflegen und weiterzuentwickeln. Das insbesondere zu dem Thema Natur und Landschaft, Tier- und Pflanzenwelt im Schwarzwald vor dem Thema Kultur und Tradition von Landwirtschaft und lokalen und regionalen Besonderheiten. Die Aufrechterhaltung und Pflege der offenen Landschaft zu fördern, aber eben auch, um die Waldfunktionen weiter abzusichern.

Das müsse laut dieser Satzung immer im Einklang mit der Entwicklung der Gemeinden, den Interessen der Land- und Forstwirtschaft, der gewerblichen Wirtschaft, der Wasserwirtschaft sowie Jagd- und Fischerei erfolgen.

Bisher bestünde der Naturpark Mitte/Nord aus ungefähr 160 Mitgliedern und würde ein großes Gebiet umfassen. Derzeit gäbe es einen Vorstand mit 26 Mitgliedern, Landrat Bäuerle aus Rastatt hätte den Vorsitz mit einer Geschäftsstelle des Naturparkvereins. Herr Hoffmann zeigt das Gebiet auf einer Karte. Dieses erstreckt sich momentan von Ettlingen im Norden bis Ringsheim im Süden. Er weist daraufhin, dass Karlsruhe auf der Karte nicht vorhanden sei, weil die Gebietskulisse momentan in Ettlingen enden würde. In Karlsruhe lägen geografisch gesehen die ersten Bergrücken des Schwarzwaldes. In Karlsruhe sei vor über 100 Jahren der Schwarzwaldtourismus aus der Taufe gehoben worden. Das seien ein paar ganz wesentliche Begründungen. Der Naturpark würde über Finanzmittel verfügen, für den Erhalt oder Ausbau touristischer Infrastruktur für Werbemittel und für Anderes und er sei auch gezwungen, die Mittel, die ihm zur Verfügung stehen, auszugeben. Er gibt diese aber nur an seine eigenen Mitglieder weiter. Diese Projektförderung würde bis zu 70% der Nettokosten betragen. Gefördert werden u.a. Rad- und Wanderwege von der Infrastruktur bis zur Bewerbung, von der Beschilderung bis zum Ausweisen. Genauso würden Printmaterialien gefördert. Ebenfalls könnten damit innovative Projekte initiiert werden. Es würde auch um die Darstellung eines naturverträglichen Tourismus im Schwarzwald gehen und der Errichtung von waldpädagogischen Einrichtungen, sei es im Spielplatzformat oder anderen.

Herr Hoffmann sei bereits in zwei Ortschaftsräten gewesen und könne deshalb über die dort gestellten Fragen berichten. Themen seien z.B. gewesen, wie stark der Naturschutz im Naturpark verankert sei vor dem Hintergrund, wenn heute landwirtschaftliche Flächen genutzt werden, was passiert morgen? Da sei die Befürchtung, über den Naturpark käme ein stärkerer Druck auf den Naturschutz. Er hätte dazu seine Kollegen im Schwarzwald befragt, die dazu gesagt hätten, es sei noch nichts bekannt. Der Naturpark würde sich da sehr zurück halten und es würde immer im Einklang mit den Kommunen geschehen. Laut Landrat Schnaudigel sei in dieser Hinsicht auch nichts bekannt. Er weist aber auch darauf hin, dass man nicht wisse, was in der Zukunft passieren würde. Bis dato seien aber keine Restriktionen gesehen worden.

Er bekräftigt nochmals, dass die Planungshoheit bei den Gemeinden läge und dies in der Satzung festgelegt sei. Es würde darüber diskutiert werden, wie man sich eine

**18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Beitritt zum Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord**

Beteiligung der Ortschaften vorstellen könne und hätte deswegen die Gründung eines Beirats angedacht. Dieser solle sich dann regelmäßig treffen, um Ideen und Kooperationen zu diskutieren.

Der Geschäftsführer des Naturparks hätte vor kurzem ein Interview gegeben. Da würden viele der in den letzten Tagen aufgeworfenen Fragen beantwortet. Auf die Frage nach den größten Herausforderungen hätte er geantwortet, das Ziel und die größte Herausforderung seien die Offenhaltung der typischen Schwarzwälder Landschaft mit dem Wechsel aus Wald, Weiden und Wiesen zu sichern und die Vermarktung der regionalen Produkte zu fairen Preisen für die Landwirte. Auf die Frage zu Chancen und Risiken hätte er geantwortet: „Natur erleben, gewinne im Tourismus eine immer größere Bedeutung“.

Deshalb wäre es gerne gesehen, wenn man hier enger zusammen arbeiten könne, um den Karlsruhern den Schwarzwald noch näher zu bringen, aber auch den Schwarzwäldern Karlsruhe. Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

**Der Vorsitzende** dankt Herrn Hoffmann und gibt das Thema in die Runde.

**OR Abendschön (CDU)** bedankt sich bei Herrn Hoffmann für die Ausführungen. Er fragt nach:

- welche Vorteile sich aus einer Mitgliedschaft konkret für Stupferich ergeben würden. Es würde immer vom großen Karlsruhe geredet werden.
- ob evtl. auf den Verein anfallende Kosten auf die Mitglieder umgelegt würden
- wie die Teilnahme an der Mitgliederversammlung sei
- welche Rechten und Pflichten Stupferich bei einer Mitgliedschaft hätte

**Herr Hoffmann** führt aus, dass es noch kein Konzept für jeden Ortsteil gebe, sobald aber ein Antrag auf Mitgliedschaft gestellt würde, würde ein Konzept erarbeitet werden. Der Fördertopf beim Naturpark sei auch nicht unendlich groß. Eine Kernaufgabe des Naturparks sei sich zu präsentieren, das regionale Produkt und den Naturpark zu präsentieren, wo sich Möglichkeiten bieten.

Eine Mietgliederumlage hätte er nicht in der Mitgliederversatzung gefunden, es sei also davon auszugehen, dass da nichts auf Karlsruhe zukäme, da die Förderung über die Landesmittel erfolge. Karlsruhe hätte lediglich einen Sitz im Verein, weshalb angedacht sei, evtl. einen Beirat zu gründen, um sich dann abgestimmt im Verein bewegen zu können.

**OR Becker (FWV)** erkundigt sich nach den Pflichten. Gäbe es etwas was die Orte dazu beitragen sollen.

**18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Beitritt zum Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord**

**Blatt 4**

---

**Herr Hoffmann** antwortet, dass die Rechten und Pflichten auch in der Satzung stünden. Demnach sollen die Gemeinden den Naturpark bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen und insbesondere einen Jahresbeitrag leisten. Mehr sei dazu in der Satzung nicht aufgeführt. Der Zweck sei, den Schwarzwald innerhalb der umfassenden Gebietskulisse unter Berücksichtigung der Planungshoheit der Städte und Gemeinden unter Aufrechterhaltung einer Erholungslandschaft und dabei Land und Kultur zu fördern, ohne die Gemeinden dabei in den wichtigen Dingen einzuschränken.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass ein Beitritt für die hier ansässige Gastronomie von Vorteil wäre und eine Aufgabe des Ortschafts- bzw. Gemeinderats auch die Stärkung der Infrastruktur sei. Falls ein Beitritt beschlossen werden würde, wäre vermutlich kein Mitglied aus den Bergdörfern im Vorstand, sondern jemand aus der städtischen Verwaltung, weshalb die Gründung eines Beirates mit einem Vorsitzenden anzustreben sei, der die Anliegen der Bergdörfer dann dort verträte. Seiner Meinung nach sei nicht Karlsruhe, das in der Rheinebene liegt, sondern Stupferich, das Tor zum Schwarzwald, hier würden die ersten Tannenwälder auf dem Höhenrücken stehen. Man würde sich geehrt fühlen, dort eine wichtige Rolle bei der Entscheidungsfindung zu spielen. Er fände es wünschenswert, dass auch der spätere Betrieb nachhaltig sei. Er würde dem Beitritt zustimmen.

**OR Nagler (CDU)** äußert sich kritisch und hält die Patenschaft der Stadt Karlsruhe über den Naturpark für einen Fehler. Karlsruhe und Stupferich würden nicht vom Tourismus, sondern von den hier ansässigen Firmen leben. Bei einem Beitritt zum Naturpark befürchtet er weitere Restriktionen was die Ausweisung von Bau- und Industriegebieten beträfe. Seiner Meinung nach würde das im Widerspruch zum Naturpark stehen. Er verweist weiter auf die von der Stadt Karlsruhe geforderten Sparmaßnahmen, die im Widerspruch zu dem jährlich zu entrichteten Mitgliedsbeitrag von 3500 € stünden und spricht sich daher gegen einen Beitritt aus.

**Herr Hoffmann** glaubt nicht, dass der Naturpark beim Thema Naturschutz so restriktiv wäre. Zum Jahresbeitrag meint er, dieser würde sich durch die Co-Finanzierung der Infrastrukturprojekte refinanzieren. Als Beispiel nennt er die aktuelle Diskussion über einen Radweg, der alle Waldgebiete der Stadt durchqueren soll. Da sei bei den Bergdörfern Schluss, weil diese in die Förderung reinfallen würden, aber unten in den Rheinauen gehe nichts, da diese nicht mehr zum Schwarzwald gehören würden. Wenn es nach ihm ginge, hätte er das gesamte Stadtgebiet genommen, was aber leider nicht machbar sei. Er vertrete deshalb die Meinung, dass es gut angelegtes Geld sei.

**OR Nagler (CDU)** meint, dass die Radwege im Schwarzwald alle durchschnitten seien und man dies in Karlsruhe nicht bräuchte.

**Herr Hoffmann** erläutert, dass die Mountainbiker im Schwarzwald nur auf Radwegen

**18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016****Protokoll zu****TOP 1: Beitritt zum Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord**

Blatt 5

von 2,5 m Breite fahren dürften, was immer wieder zu heißen Diskussionen zwischen Wanderern und Radfahrern führen würde. Er nennt als Beispiel noch andere Bundesländer, insbesondere weist er auf die Diskussionen mit Reinland-Pfalz hin, wo es diese Beschränkung nicht gebe. Das vorhandene solle besser nutzbar und sichtbar gemacht und mit der Region verbunden werden. Weiter weist er daraufhin, dass es viele Fernradwege gäbe, die an Karlsruhe vorbeiführen würden.

**Der Vorsitzende** mahnt an, jetzt keine Radfahrdiskussion zu führen.

**Herr Hoffmann** erklärt, dass es Überlegungen gebe, wie man die Ortschaften im Einzelnen daran beteiligen könne. Bis zur Gemeinderatssitzung am 19.07.2016 solle eine Stellungnahme so formuliert werden, dass die Ortschaftsräte, die betroffen seien, eine klare Antwort hätten.

**OR Becker (FWV)** erkundigt sich nach der Planungssicherheit, der Hoheit der Gemeinden.

**Herr Hoffmann** erläutert, dass die Satzung festgeschrieben sei und liest den entsprechenden Abschnitt daraus vor. Er weist weiter darauf hin, dass für eine Satzungsänderung eine 3/4 Mehrheit der Mitglieder notwendig wäre.

**Der Vorsitzende** meint, dass es sich um ein demokratisches Gremium handeln würde, und dass auch das „kleine Stupferich“ eine Möglichkeit habe wird, sich darin einzubringen.

**Herr Hoffmann** wirft ein, dass die eigentliche Verantwortung für das Projekt Naturparkpark und in diesem Fall Naturpark beim Dezernat 5, Herrn Bürgermeister Stapf, läge. Er würde als Touristiker nur den Gang durch die Ortschaften machen, weil sie ja auch betroffen wären. Verwaltungstechnisch gesehen sei dies aber Aufgabe vom Dezernat 5.

**Der Vorsitzende** fasst zusammen und formuliert den Beschluss. Er hält kritische Anmerkungen durchaus für angebracht und bittet um Abstimmung.

**Beschluss:**

**Der Ortschaftsrat Stupferich empfiehlt dem Gemeinderat den Beitritt zum Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord e.V. unter anderem mit der Fläche Stupferichs zuzustimmen. Ziel ist eine Förderung des naturverträglichen Tourismus des Naturschutzes und eine Weiterentwicklung der Regionalvermarktung.**

**Abstimmungsergebnis:****7 Stimmen dafür,****2 Stimmen dagegen.**

18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016

Protokoll zu

TOP 1: Beitritt zum Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord

Blatt 6

---

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Hoffmann.

**Herr Hoffmann** bedankt sich ebenfalls und verabschiedet sich.

**- K l o p f b e i f a l l -**

**18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Brückenwaage Ortsstraße  
- Beschlussfassung -**

**Blatt 1**

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass es zu kurzfristig gewesen wäre, die aktualisierte Vorlage zu versenden und er diese deshalb als Tischvorlage ausgedruckt hätte. Er teilt die Exemplare aus. Einleitend kommt er auf die Verwaltungsvorlage der letzten Sitzung zurück, die ausgesagt hätte, die Brückenwaage zurück zu bauen und dort Pflasterbelag anzubringen. Es hätte nochmals eine Besprechung zwischen dem Ältestenrat des Ortschaftsrates, dem Tiefbauamt und Herrn Schäfer stattgefunden, woraufhin eine neue Vorlage von Herrn Schäfer erstellt worden sei. Dieser hätte viel Arbeit darin investiert und nochmals drei neue Varianten (Anlage) ermittelt. Er stellt diese im Einzelnen vor:

**Variante 1** → Erhalt der Waage, Gesamtkosten 18.800 € plus Folgekosten alle zwei bis drei Jahre von ca. 300 € (hochgerechnet auf die nächsten 5 Jahre wären dies Kosten in Höhe von 1.500 €).

**Variante 2** → Abriss der Waage, Gesamtkosten 17.800 €, beinhaltet Stilllegung, Auffüllung der Grube etc.

**Variante 3** → Teilerhaltung der Waage, Rückbau des Wiegetisches und Vorhaltung der Technik

Er erläutert die Kosten im Einzelnen. Er stellt fest, dass die Kosten für den Abriss fast genauso hoch seien, wie die für den Erhalt der Brückenwaage. Er stelle deshalb die Entscheidung, für was abgestimmt werde, frei und liest die Stellungnahme des Statikers vor. Die eigentliche Funktion könne demnach nicht aufrechterhalten werden. Dies sei auch schon Bestandteil eines früheren Beschlusses gewesen. Die Messeinrichtung solle per Schauglas sichtbar gemacht werden. Die Stahl- und Betonplatte sei in einem relativ guten Zustand. Bei der unteren Stahlkonstruktion seien Kugelauffanglager gebrochen, weswegen ein oberer Versatz sichtbar sei und sie deshalb etwas abgesackt sei. Bei einem Erhalt müsste die max. Belastung auf 3,5 t reduziert werden. Beim Teilerhalt würde nur die Messeinrichtung erhalten bleiben. Er fasst die Maßnahme nochmals zusammen und erläutert die vom Statiker festgestellten Punkte anhand von Bildern. Er bittet dies zu beachten und weist daraufhin, dass in dieser Sitzung eine der 3 Varianten beschlossen werden soll, damit Herr Schäfer weitermachen und sich um die Haushaltsmittel für die Maßnahme kümmern könne. Danach nennt er nochmals die zur Abstimmung stehenden Varianten im Einzelnen und stellt diese zur Diskussion.

**OR Abendschön (CDU)** bedankt sich für die Ausführungen. Der Betrag von 18.800 € würde im ersten Moment hoch erscheinen, aber im Hinblick auf die immensen Kosten für einen Rückbau würde er für den Erhalt der Waage für Stupferich plädieren.



**18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Brückenwaage Ortsstraße  
- Beschlussfassung -**

**Blatt 2**

---

**OR Becker (FWV)** schließt sich den Worten ihres Vorredners an. Solch eine Waage wäre ein Zeitdokument. Wenn es die Möglichkeit gibt so etwas zu erhalten, solle man diese wahrnehmen.

**OR Nagler (CDU)** meint, der Standort der Waage sei wichtig. Direkt vor dem Heimatmuseum gelegen, sei dieser ideal. Er spricht sich für den Erhalt der Waage mit einem Glaskasten für die Messeinrichtung aus.

**OR Brenk (CDU)** sei generell für den Erhalt der Waage, gibt jedoch zu bedenken, dass auch die (enormen) Folgekosten in den kommenden (20) Jahren mit bedacht werden müssten, auch unter der derzeitigen Auflage der Stadt Karlsruhe, zu sparen.

**Der Vorsitzende** bleibt bei seiner ersten Meinung, die Diskussion sei fruchtbar und positiv. Bei der Stadt Karlsruhe gäbe es nur diese eine Einrichtung in der Art und es würde sich um etwas Zeitgenössisches aus den 50er Jahren handeln. Deswegen sei auch von der Verwaltungsseite der Schwenk vollzogen worden und schlägt Variante 1 vor. Wo die Haushaltsmittel dafür herkämen, müsse noch geklärt werden, aber dies sei Sache der Verwaltung. Der Ortschaftsrat müsse sich für die Bürger stark machen und plädiere deshalb für die Entscheidung zur Variante 1.

Er bittet um Abstimmung.

**Beschluss:**

**Der Ortschaftsrat stimmt Variante 1 der Tischvorlage zu.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig.**

**18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016**

**Protokoll zu**

**TOP 3:       Faires Parken in Karlsruhe;  
              Handhabung für Stupferich  
              - Beschlussfassung -**

**Blatt 1**

**Der Vorsitzende** erläutert, dass dazu ein Verwaltungsvorschlag erarbeitet worden sei. Demnach solle das Gehwegparken lediglich in der Orts- und Werrenstraße zulässig sein. Die anderen Straßen seien in ihrer Beschaffenheit so, dass die Straßen breit genug wären, damit die Gehwege frei bleiben könnten. In einigen Straßen würden sich die Anwohner schon seit Jahren selber organisieren. Als Beispiel nennt er die Palmbacher Straße und die Silvanerstraße. Er fragt nach, ob es noch andere Vorschläge gäbe und bittet um Diskussion.

**OR Abendschön (CDU)** wirft ein, dass die CDU-Fraktion noch den Abschnitt der Palmbacher- und Nebergstraße entlang der Buslinie vorschlägt. Hintergrund sei, dass der Platz bei Beerdigungen für die Friedhofsbesucher benötigt würde. Die Busse würden dort ansonsten bei auf der Straße parkenden Fahrzeugen nicht mehr durchkommen.

**OR Nagler (CDU)** ergänzt, dass der Gehweg dort breit genug sei, um darauf zu parken.

**OR Abendschön (CDU)** fragt nach, wie dann die Kennzeichnung erfolgen würde, durch Schilder oder durch anderweitige Kommunikation.

**Der Vorsitzende** erläutert, dass die Vorschläge in den Gemeinderat eingebracht werden würden und letztendlich das Ordnungsamt die Entscheidung darüber träge. Die Kommunikation würde über das Ordnungsamt laufen, er könne sich vorstellen, dass dies im Amtsblatt veröffentlicht wird. Er hoffe nicht, dass zusätzliche Schilder aufgestellt werden müssten, wenn, könne er sich dies nur an den Ortseingängen vorstellen.

**OR Becker (FWV)** hätte es so verstanden, dass dann ausgeschildert würde, wo das Gehwegparken erlaubt sei.

**Der Vorsitzende** wirft ein, dass aber auch niemand wüsste, dass man es nicht darf. Er findet die Ergänzung der 2 Straßenabschnitte gut.

**OR Brenk (CDU)** möchte die Diskussion anfachen. Beim Durchgang Orts- und Werrenstraße kämen Personen mit Rollatoren und Kinderwägen nicht mehr durch, wenn dort Fahrzeuge auf dem Gehweg parken würden. Die Ortsstraße sei mit einem Durchgang zum Friedhof eine Hauptstraße, gerade für ältere Mitbürger. Deshalb täte er sich schwer, dort das Gehwegparken zu erlauben. Es seien zwei Brennpunktstraßen. Er fragt nach, ob nicht eine andere Lösung gefunden werden könne, indem man das Gehwegparken erlauben, aber diesen zwei Straßen einer anderen Widmung zuführen würde. Er sehe eine Möglichkeit im Einrichten einer Fußgängerzone mit 7 km/h

**18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016**

**Protokoll zu**

**TOP 3:       Faires Parken in Karlsruhe;  
              Handhabung für Stupferich  
              - Beschlussfassung -**

**Blatt 2**

---

Schrittgeschwindigkeit, Fahrzeuge und Personen könnten sich den Straßenraum dann teilen.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass die Anregung angekommen sei, dies jedoch eine andere Baustelle wäre. Es sei schon darüber in der Vergangenheit diskutiert worden und Herr Dr. Weiße hätte eine andere Klassifizierung auch schon vorgeschlagen. Es sei in beiden Straßen auch nicht auf beiden Seiten möglich, dass nicht auf dem Gehweg geparkt würde, da es ansonsten keinen Rettungsweg mehr gäbe. Es gäbe dort auch noch keinen definierten Bordstein, sondern maximal eine Rinne als Abgrenzung. Ein Zusatzantrag, die Straße anders zu klassifizieren, könne jedoch jederzeit gestellt werden. In dieser Sitzung solle aber nur die Legalisierung des Gehwegparkens in der Orts- und Werrenstraße vorgeschlagen werden. Er weist darauf hin, dass der Gemeinderat und das Ordnungsamt dem auch noch zustimmen müssten. Er erläutert nochmals den Wunsch, die Orts- und Werrenstraße und das Teilstück zwischen Neuberg- Rebgärten- und Wiesentalstraße entlang der Buslinie vom Gehwegparken zu befreien. Der Vorsitzende bittet daraufhin um Abstimmung.

**Beschluss:**

**Der Ortschaftsrat stimmt dem Vorschlag der Verwaltung um die Ergänzung des zuvor genannten Straßenabschnittes entlang der Buslinie zu.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig.**

**OR Nagler (CDU)** erkundigt sich nach der weiteren Vorgehensweise.

**Der Vorsitzende** erklärt, dass abgewartet werden müsse, was der Gemeinderat und das Ordnungsamt nun aus dem Vorschlag machen würden.

**18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Projekt Geschwindigkeitsdisplays Stupferich;  
Vorstellung der Ergebnisse  
Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 12.06.16**

**Blatt 1**

**Der Vorsitzende** begrüßt zu diesem TOP Herrn Prof. Dr. Hupfer von der Hochschule Karlsruhe.

**Prof. Dr. Hupfer** weist im Nachgang zu TOP 3 darauf hin, dass es an der Hochschule das Projekt Go Karlsruhe gäbe und die Bürgerbeteiligung mit Hilfe der App „Go Karlsruhe“ gestärkt würde. Sie arbeiteten dort auch mit Bürgervereinen zusammen, weshalb er anregt, dort auch solche Informationen wie legalisiertes Gehwegparken zu platzieren.

Anschließend stellt er das Projekt Geschwindigkeitsdisplays Stupferich und die einzelnen Messergebnisse in einer Power Point Präsentation (Anlage) vor. Er erläutert die Vorgehensweise. Es seien Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt worden, das Display abgehängt, ein anderes aufgehängt worden, insgesamt seien fünf unterschiedliche Messungen durchgeführt worden. Er erläutert die Ergebnisse (auch im Vergleich Stupferich – Palmbach – Grünwettersbach) im Einzelnen und erklärt die Bedeutung der Kurvendiagramme. Eine Geschwindigkeitsreduzierung würde sich auch im Lärmschutz niederschlagen. Er weist darauf hin, dass sich keine Gewöhnungseffekte einstellen würden, Display weg → Wirkung weg. Es fasst nochmals zusammen. Man hätte 2 unterschiedliche Displays ausprobiert, bei der Anzeige mit der gemessenen Geschwindigkeit sei die Wirkung etwas größer als beim Dialogdisplay. Das hätte allerdings damit zu tun, dass das derzeitige Motiv mit dem spielenden Kind nachts nicht zum Thema Lärmschutz passen würde. Ein Erziehungseffekt könne generell mit den Anzeigen nicht erzielt werden.

**- K l o p f b e i f a l l -**

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei Prof. Dr. Hupfer und erkundigt sich, ob es Fragen gäbe.

**OR Abendschön (CDU)** bedankt sich für die Ausführungen. Er denkt an, ein in der Vergangenheit mit Herrn Dr. Weiße vom Ordnungsamt geführtes Gespräch zurück. Der Amtsleiter sei damals der Meinung gewesen, dass Displayanzeigen keine Reduzierung der Geschwindigkeit bei den Autofahrern erwirken würde. Er zeigt sich erfreut, dass diese Aussage mit der Studie widerlegt sei und ist der Meinung, dass in ganz Stupferich eine Geschwindigkeitsreduzierung notwendig wäre.

**OR Becker (FWV)** bedankt sich ebenfalls. Sie bemängelt, dass der Zeitraum von 14 Tagen zu gering wäre, spricht sich für eine dauerhafte Installation aus.

**Prof. Dr. Hupfer** führt aus, dass die Tafel ständig messen würde und sie sich die Datensätze nochmals anschauen würden.

**18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Projekt Geschwindigkeitsdisplays Stupferich;  
Vorstellung der Ergebnisse  
Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 12.06.16**

**Blatt 2**

---

**OR Nagler (CDU)** regt an, die Tafel hängen zu lassen, um die Abbaukosten sparen zu können.

**Prof. Dr. Hupfer** verweist auf die geringe Batterieleistung der Tafel.

**OR Becker (FWV)** regt an, anstelle von „Bitte“ und „Danke“, die Gebühr bei einer vorliegenden Überschreitung einzublenden. Damit könne eine abschreckende Wirkung erzielt werden.

**Prof. Dr. Hupfer** erzählt von einer in Paderborn durchgeführten Studie mit diesem Inhalt. Es sei eine Mentalitätssache beim Autofahrer. Im Bereich von Schulen und Kindergärten wüssten die Autofahrer, dass langsamer gefahren werden müsse.

**OR Nagler (CDU)** erkundigt sich, ob es auch Ausführungen mit einem festen Anschluss gäbe, so dass sie z.B. auch in einer Straßenleuchte integriert werden kann.

**Prof. Dr. Hupfer** bejaht dies. Es gäbe auch Modelle mit Solarpaneel.

**OR Nagler (CDU)** fragt nach, ob diese dann auch nachts funktionieren würden.

**Prof. Dr. Hupfer** erläutert, dass diese über den Solar ihre Akkus aufladen würden. Die Laufzeit würde zwischen 24 und 48 Stunden liegen.

**OR Nagler (CDU)** erkundigt sich, ob es solche Tafeln auch in Kombination mit Fotos gäbe.

**Prof. Dr. Hupfer** verneint dies und führt aus, dass die Geräte, die gerichtsverwertbare Fotos schießen würden, in einer Preislage um 15.000 € lägen.

**Der Vorsitzende** stellt nochmals fest, sobald die Displayanzeige weg war, auch die Wirkung weg gewesen sei. Er sei der Meinung, dass in Stupferich eine dauerhafte Geschwindigkeitsanzeige notwendig sei. Er fragt nach, ob die Hochschule dem Ordnungsamt aufgrund der Ergebnisse empfehlen würde, in Stupferich eine solche Anlage zu installieren oder ob der Ortschaftsrat einen Antrag ans Ordnungsamt stellen muss.

**Prof. Dr. Hupfer** bekräftigt, dass Herr Dr. Weiße nun auch von der Wirkung solcher Tafeln wüsste und bei der Stadt Karlsruhe es ein rotierendes System von solchen Anlagen gäbe. Dies hätte meistens den Hintergrund, dass es eine Beschwerde oder Anregung aus der Bürgerschaft gegeben hätte. Dann würde es zunächst darum gehen, das Geschwindigkeitsniveau zu messen. Dazu würden diese Anlagen auch genutzt werden.

**18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016****Protokoll zu****TOP 4: Projekt Geschwindigkeitsdisplays Stupferich;  
Vorstellung der Ergebnisse  
Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 12.06.16****Blatt 3**

---

Wenn Stupferich solch eine Anlage möchte, müsse dies beantragt werden. Die Hochschule könne dies der Stadt Karlsruhe nicht vorschreiben.

**Der Vorsitzende** verweist auf eine zurückliegende Präsentation, bei der Erster Bürgermeister Jäger anwesend gewesen sei und dies wohlwollend aufgenommen hätte, verweist aber gleichzeitig auf die Kosten. Er hat noch eine ergänzende Frage zur Funktion. Die Tatsache, dass das Smiley-Display fast mehr aus als an gewesen sei, hätte bei der Bevölkerung keinen großen Zuspruch gefunden.

**Prof. Dr. Hupfer** schlägt vor, sich mit Herrn Rohr von RTB in Verbindung zu setzen und spricht sich auch für ein reines Zahlendisplay aus.

**Der Vorsitzende** merkt an ob es da nicht das gleiche Problem wäre und fragt nach, ob es noch andere Displayarten gebe.

**Prof. Dr. Hupfer** erklärt, dass diese technisch alle ähnlich funktionieren würden. Zum Thema Kosten berichtet er aus anderen Ortschaften, wo ortsansässige Dienstleister und Firmen solche Anzeigen sponsern würden. Dies könne dann z.B. mit der Anbringung eines Schildes kenntlich gemacht werden. So könne evtl. auch eine Anzeigetafel mit Solarpaneel finanziert werden.

**OR Nagler (CDU)** merkt an, dass die CDU-Fraktion die Problematik bereits vor 5 Jahren bei Herrn Dr. Weiße und Herrn Cranz vom Ordnungsamt angesprochen hätte und vorgeschlagen, dies mit Sponsoren zu finanzieren. Das Ordnungsamt hätte den Standpunkt vertreten, dass die Tafeln wirkungslos wären. Auf die Initiative der CDU-Fraktion hin, sei man erst in dieses Projekt reingekommen. Er zeigt sich erfreut, dass das nun durch diese Studie widerlegt worden sei.

**Prof. Dr. Hupfer** erläutert, dass die Vertreter des Ordnungsamtes einen Flächenbrand befürchten, wenn solch eine Maßnahme in einem Stadtteil dauerhaft eingeführt würde. Er bekräftigt aber auch, dass das Projekt durch eine Nachfrage der Stadt entstanden sei.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass die Stadt nicht umsonst die Studie in Auftrag gegeben hätte. Er zeigt ebenfalls Verständnis für die Haltung des Ordnungsamtes, würde in Stupferich eine Tafel/ Geschwindigkeitsanzeige aufgestellt werden, würden andere Stadtteile den gleichen Anspruch erheben, was jedoch nicht finanzierbar wäre. Man hätte jetzt eine gute Ausgangsposition bei Verhandlungen mit der Stadt Karlsruhe. Er bedankt sich bei Prof. Dr. Hupfer für die Ausführungen.

**- K l o p f b e i f a l l -**

18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016

Protokoll zu

TOP 5:       Mitteilungen

---

**FEHLANZEIGE.**

**18. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 06.07.2016**

**Protokoll zu**

**TOP 6: Verschiedenes**

---

**Der Vorsitzende** berichtet vom derzeitigen **Umbau des Rathauses**.

Weiter informiert er, dass zu den **Brandschutzmaßnahmen an der Grundschule** bereits mit Beginn der Sommerferien Vorarbeiten geleistet würden, so dass mit Beginn der Schulzeit zumindest der innere Bereich fertig gestellt sein soll. Die Maßnahmen im Außenbereich würden vermutlich bis in den Herbst andauern, seien aber nicht hinderlich für den Schulbetrieb.

Die **Fahrbahnerneuerung in der Sonnenbergstraße** solle noch im Jahr 2016 erfolgen. Der Zeitpunkt sei aber abhängig vom Baufortschritt in der Orts- und Werrenstraße.

Er stellt keine weiteren Wortmeldungen mehr fest, deshalb schließt er den öffentlichen Teil gegen 20:18 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

**Protokollführerin:**

\_\_\_\_\_  
Alfons Gartner, Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
Sabine Sauter (OV Stupferich)

**Urkundspersonen:**

\_\_\_\_\_  
OR Elke Becker (FWV)

\_\_\_\_\_  
OR Klaus Abendschön (CDU)